Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Bezugspreis: pro Monat einschließlich Wochenendblatt NGZ.-Sonntag, NGZ.-Illustrierte, Katholische Kirchenzeitung Mark 1.55 und 35 Pfennig Botenlohn. Erscheint wochentäglich. Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt den Bezieher nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung. Hauptgeschäftsstelle: Neuß, Niederstraße 46, Telefon 2553 nach Geschäftsschluß 2553 Schriftleitung Telefon 2053. Postscheckkonto 41800 Köln. Zweigstelle Grevenbroich, Bahnstr. 84, Telefon 286 — Druck und Verlag Gesellschaft f. Buchdruckerei A.-G., Neuß.

Einzige in Neuß entstehende Tageszeitung

N.-G.Z.-Sonntag
N.-G.Z.-
ILLUSTRIERTE
HEUTE

Anzeigenpr… … 27 mm … Pfennig von … Reklamen … Anzeigen nach Ver… … des Bestellers. Für die … Aufnahme von Anzeigen an … geleistet. Bei gerichtlichem … hinfällig. Gerichtsstand Neuß.

Anzeig… …ustrie, Handel und Gewerbe

Heimatzeitung der Kreise Neuß-Stadt und … Grevenbroich-Neuß

Nr. 328 — Neuß, Samstag, 2. Dezember 1933 (Bibiana) — 60. Jahrgang

Heß und Röhm Reichsminister.

Einheit von Partei und Staat.

Berlin, 1. Dez. Der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß und der Stabschef Ernst Röhm sind zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt worden.

Das Reichskabinett genehmigte gestern ein Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat. Nach diesem Gesetz wird die NSDAP eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes. Zur Gewährleistung engster Zusammenarbeit der Dienststellen der Partei und der SA mit den öffentlichen Behörden werden der Stellvertreter des Führers und der Chef des Stabes der SA Mitglieder der Reichsregierung.

Für die Mitglieder der NSDAP und der SA einschließlich der ihr unterstellten Gliederungen wird eine

Partei- und SA-Gerichtsbarkeit

eingeführt, nach der außer den sonst üblichen Dienststrafen auch Haft und Arrest verhängt werden kann, wenn Pflichtverletzungen gegen die Organisation und Verstöße gegen die Zucht und Ordnung vorkommen. Die öffentlichen Behörden, insbesondere also die Polizei- und Gerichtsbehörden, haben den mit der Ausübung der Partei- und SA-Gerichtsbarkeit betrauten Dienststellen der Partei und der SA Amts- und Rechtshilfe zu leisten. Damit wird festgestellt, daß die Mitglieder der Partei und der SA sowie der ihr unterstellten Gliederungen erhöhte Pflichten gegenüber Führer, Volk und Staat haben.

Gesetz über den Diensteid.

Ferner genehmigte das Reichskabinett ein Gesetz über die Vereidigung der Beamten und der Soldaten der Wehrmacht, wonach der Diensteid eine dem heutigen Staat angepaßte Formulierung erhält.

Oeffentliche Fürsorge.

Nach einer vierten Verordnung zur Aenderung der Rechtsgrundsätze über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge kann in Gemeinden, die von der obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle als Notstandsgemeinden erklärt werden, die Fürsorge für Personen, die in die Gemeinde nach ihrer Erklärung als Notstandsgemeinde zuziehen, unter strengster Prüfung der Voraussetzungen der Hilfsbedürftigkeit auf das zur Fristung des Lebens Unerläßliche oder unter Ablehnung der offenen Pflege auf Anstaltspflege beschränkt werden. Dies gilt nicht für Klein- und Sozialrentner und ihnen Gleichstehende.

Aenderung der Schlachtviehgebühren.

Das Reichskabinett genehmigte ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Gebühren der Schlachtviehmärkte, Schlachthäuser und Fleischmarkthallen, wodurch gewisse Unstimmigkeiten beseitigt werden sollen bezüglich des Ausgleichszuschlags.

Erhaltung der Leistungsfähigkeit der sozialen Versicherungen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der heutigen Kabinettssitzung war die große Gesetzesvorlage des Reichsarbeitsministeriums über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Invaliden-, Angestellten- und der knappschaftlichen Versicherung. Durch diesen Gesetzentwurf wird eine Sanierung der Invalidenversicherung herbeigeführt und die dauernde Leistungsfähigkeit dieser mit großen finanziellen Schwierigkeiten ringenden Versicherung sowie der ebenfalls technisch nicht völlig ausgeglichenen Angestellten- und Knappschaftsversicherung sichergestellt werden.

Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs.

Schließlich genehmigte das Reichskabinett ein Gesetz zur Aenderung der Regelung des Kraftfahrzeugverkehrs, das in der Hauptsache Bestimmungen verwaltungsmäßiger Natur enthält.

Schirmherrschaften und Protektorate.

Das Reichskabinett hat ferner beschlossen, daß von den Mitgliedern des Kabinetts Schirmherrschaften und Protektorate in Zukunft grundsätzlich abgelehnt werden sollen und die bereits übernommenen vom 1. Januar 1934 an als erloschen zu betrachten sind.

Einladungen.

Auf einen weiteren besonderen Beschluß des Reichskabinetts hin wird bekanntgegeben, daß die Mitglieder des Kabinetts in den letzten Wochen mit Einladungen geradezu überschüttet worden sind, so daß hierdurch eine unerträgliche und unnötige Belastung des Geschäftsganges eingetreten ist. Die Mitglieder des Reichskabinetts werden in Zukunft nur noch an Veranstaltungen teilnehmen, wenn dies aus staatspolitischen Gründen unbedingt erforderlich ist.

Göring, Chef der geheimen Staatspolizei.

Berlin, 2. Dez. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat das preußische Staatsministerium ein Gesetz über die geheime Staatspolizei beschlossen, durch das u. a. bestimmt wird, daß die geheime Staatspolizei einen selbständigen Zweig der inneren Verwaltung bilde. Ihr Chef ist der Ministerpräsident Göring. Zum Aufgabengebiet der geheimen Staatspolizei gehören die von den Behörden der allgemeinen und der inneren Verwaltung wahrzunehmenden Geschäfte der politischen Polizei. Die bisher von dem Ministerium des Innern wahrgenommenen Geschäfte der politischen Polizei gehen auf das Geheime Staatspolizeiamt über. Die Landes-, Reichs- und Ortspolizeibehörden haben in den Angelegenheiten der geheimen Staatspolizei den Weisungen des Geheimen Staatspolizeiamts Folge zu leisten. Das Gesetz tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Tagung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost.

Berlin, 1. Dez. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hielt hier eine Tagung ab. Der Reichspostminister erstattete Bericht über die Verkehrs- und Finanzlage der Reichspost im Jahre 1933, die ein etwas erfreulicheres Bild als das Vorjahr biete. Zwar sei der Vorjahrsverkehr noch nicht überall erreicht, aber die 1932 noch stark abgleitenden Kurven näherten sich immer mehr einer horizontalen Bewegung. Die anhaltende Belebung der Wirtschaft berechtigte zu der Hoffnung, daß in absehbarer Zeit ein lebhafterer Auftrieb im Verkehr der Deutschen Reichspost eintreten werde. Die bisherigen Einnahmen seien hinter dem Soll des Voranschlages 1933 zurückgeblieben. Man müsse für 1933 mit einem Gesamteinnahmeausfall von 100 Millionen rechnen. Das zusätzliche Arbeitsbeschaffungsprogramm, das durch Aufnahme eines Wechselkredits in Höhe von 76,6 Millionen Reichsmark finanziert werde, sei bereits zu über 80 v. H. vergeben. Dadurch konnten bei der allgemeinen Wirtschaft über 4700 Arbeiter neu eingestellt und beinahe 11 000 Arbeiter weiter beschäftigt werden. Seit Januar 1933 habe die Reichspost rund 22 000 Arbeitern mehr Lohn und Brot verschafft. Außerdem habe die Deutsche Reichspost als Arbeitgeberin Vorsorge getroffen, daß der allgemeine Arbeitsmarkt nicht durch Entlassung von Personal ohne Not belastet werde. Die Zahl der Hilfskräfte, Arbeiter und Angestellten sei seit Ende März um 7000 gestiegen.

Reichspräsident von Hindenburg dankt dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes.

Berlin, 1. Dez. Der Herr Reichspräsident hat an den scheidenden Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor a. D. von Winterfeldt-Menkin, ein persönliches Schreiben gerichtet, in dem er ihm herzlichen Dank und vollste Anerkennung ausspricht für alles, was der Scheidende in langjähriger Arbeit für das Deutsche Rote Kreuz und damit für das Vaterland geleistet hat und ihn zum Ehrenpräsidenten des Deutschen Roten Kreuzes ernennt.

Der Reichspräsident erinnert in seinem Schreiben daran, daß das Deutsche Rote Kreuz unter der umsichtigen Leitung seines bisherigen Präsidenten nach Kräften dazu beigetragen hat, die Not der Nachkriegszeit im Vaterlande zu lindern und daß es hierbei seine vornehmste Aufgabe darin gesehen hat, den Gedanken selbstloser Nächstenliebe gegen den Ansturm zahlreicher Sonderinteressen und -wünsche zu verteidigen.

Der Tellerwäscher mit dem Herzogstitel.

Neuyork. Gilbert Broking wird jetzt 34 Jahre alt und ist seit vielen Jahren in einem Luxusrestaurant in Luna-Beach als Tellerwäscher, also auf einem gewiß armseligen und bescheidenen Posten, beschäftigt. Dieser Tage hat er nun einen Brief bekommen, der vorher erst rausend Umwege machen mußte, bevor er in die Hände des Adressanten gelangte, aus dem klipp und klar hervorgeht, das Gilbert Broking kein Geringerer als ein direkter Nachkomme der Herzöge von Northumberland ist. Als solcher steht er im Begriff, ausgedehnten Großgrundbesitz in der Nähe von Newcastle in England zu erben. Es wird allerdings noch einige Zeit dauern, bis der herzogliche Tellerwäscher das ihm so unvermutet in den Schoß gefallene Glück wird mit beiden Händen greifen können, denn vorläufig soll ihm noch das Geld zur Ueberreise fehlen. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich jemand angesichts der Millionenerbschaft zu dieser kleinen Kreditoperation bereitfinden wird.

Wettervorhersage bis Sonntag.

Weiterhin Grenzlage zwischen Tauwetter und leichtem Frost.

„Freie Persönlichkeit" mit Irrungen.

Der Liberale an sich — und seine Ueberwindung.

Der Liberale ist noch nicht ausgestorben; das anzunehmen wäre ein voreiliger Triumph. Auf dem Gebiet der Politik ist er entmachtet; im Bereich der Kultur und Wissenschaft gibt er noch vielfach den Ton an. Ihn zu erkennen, ist oft nicht leicht, auch wenn man ihn begrifflich noch so gut definieren kann. Aber wir haben das Urbild des Liberalen, von einem hellsehenden Dichter geschaut und gestaltet, das ihn in seiner Lebenswirklichkeit vorführt. Im ersten Teil der Wanderjahre gelangt Wilhelm Meister mit seinem Sohne Felix auf das Gut eines reichen Besitzers. Der Hausherr, der ohne Namen bleibt, „ein kleiner, lebhafter Mann von Jahren", ist der Liberale an sich.

Der Hausherr oder Oheim, wie er auch gern genannt wird — denn er hat zwei schöne Nichten —, ist aufgeklärter Rationalist. Religionsfreiheit ist in seinem Gebiet natürlich; Er will nur das Beste und hat die Maximen, einer allgemeinen Menschlichkeit aufs Praktische bezogen. Den klassischen, liberalen Wahlspruch „Den Meisten das Beste" hat er als fragwürdig erkannt, deshalb verwandelt und vielmehr „Vielen des Erwünschte" zugedacht. Diese Forderung hält er für erfüllbar. Jedermann soll seine volle Bequemlichkeit haben; er will „immer von Genießenden umgeben sein."

Diese grundsätzlichen Dinge werden dadurch pikant, daß Goethe mit unnachahmlicher Feinheit und leisester Ironie ihre Verwirklichung im Alltag des Lebens zeigt. Ihre Verwirklichung bedeutet Auflösung aller Bindungen und Gemeinschaftsformen, bedeutet Tyrannisierung seiner ganzen Umgebung durch den guten Oheim. Ueber seine Eigenheiten, die jedermann nur zur Bequemlichkeit gereichen sollen, seufzt die jüngere Nichte verständlich genug.

Zu gemeinsamen Mahlzeiten kommt der Oheim nicht. Eine bestimmte Tischstunde ist ihm nun einmal verdießlich; selten, daß er sie einhält. Er meint, keine Erfindung des Jahrhunderts verdiene mehr Bewunderung, als daß man in Gasthäusern an besonderen kleinen Tischchen nach der Karte speisen könne. Er kann die Schrecknisse eines Familientisches lebhaft schildern. Selten erscheint er an dem gemeinsamen Tische und besetzt den Stuhl nur augenblicklich, der für ihn leer steht. Er führt eine Feldküche mit blanken Kasserollen, Schüsseln und Tellern mit sich umher, speist gewöhnlich allein; „andere mögen für sich sorgen" Durch plötzliche „zwanglose" Einladungen, bei denen strenger Zwang herrscht, überrascht er seine Umgebung; dann bricht er plötzlich auf, „die Gesellschaft, die sich nicht rühren sollte (!), begrüßend".

Auch die Gedanken seiner Angehörigen dürfen nur in einer bestimmten, ihm genehmen Richtung schweifen. An den Wänden seines Hauses hängen Bilder von Städten, von Personen, die im 18. Jahrhundert gewirkt; aber „Sie finden in dem ganzen Schloß kein Bild, das, auch nur von fern, auf Religion, Ueberliefrung, Mythologie, Legende oder Fabel hindeutete; unser Herr will, daß die Einbildungskraft nur gefördert werde, um sich das Wahre zu vergegenwärtigen". Ein Gemüsebeet ist wahr, aber die Religion nicht. Der Haß gegen die Ueberlieferung rundet das Bild ab.

Der Liberale kann nicht im Ganzen leben; die höhere Würde der Ganzheit, das Leben aus dem Vollen ist ihm unbekannt. Familie, Volk, Staat wird entwertet und aufgelöst. Er steht nie in der Gemeinschaft, sondern tritt ihr immer als „höherer" Einzelner gegenüber. Die anderen sind ihm nur Sachen, Objekte, er schaltet über sie als unbeschränkter Herrgott. Das unmittelbare, unreflektierte Empfinden und Reagieren ist geschwunden. Das Subjekt ist ganz Subjekt geworden, und ein solches fühlt sich nur im Singular. Es kann kaum mehr nach außen, aus sich heraus, zur Aeußerung kommen; die intellektuelle Bewußtheit kommt nicht los davon, den inneren Reflex eines Geschehens zu beobachten, als lustvoll oder leidvoll zu empfinden, und hindert den Einzelnen sich vom großen Geschehen dahintragen zu lassen. Es kann bei den großen Ereignissen der Geschichte, wo das Leben des Volkes, der Geist des Ganzen die Menschen zu seinen Werkzeugen macht, nur als resignierter Zuschauer daneben stehen; denn Mitmachen können nur die Unbedingten. Der Liberale muß vom

Oesterreich entschuldigt sich.

Berlin, 1. Dez. Heute hat der Generalsekretär des Bundeskanzleramtes den deutschen Gesandten in Wien aufgesucht, um der deutschen Regierung wegen des Zwischenfalles an der deutsch-österreichischen Grenze vom 23. November, dem der Reichswehrsoldat Schumacher zum Opfer gefallen ist, die förmliche Entschuldigung der österreichischen Bundesregierung auszusprechen. Der Vertreter der österreichischen Regierung hat dabei außerdem die Erklärung abgegeben, daß die an dem Vorfall beteiligten österreichischen Sicherheitsorgane vor dem zuständigen österreichischen Gericht unverzüglich zur Verantwortung gezogen werden würden.

…em Heiland ein
…rippe
…n hohen Norden
…Um einen Baustein von 1.— Mk. für die Herz-Jesu-Kirche in Gotenburg bittet im Namen der kleinen armen Gemeinde Gotenburg
…schof Dr. Johannes …k Müller von …hweden.
…Anschr. Leverl. Bürrig bei Köln, Postscheckamt Köln Nr. 86637.

Goldfüllhalter
…, 3.50, 3.90, 5.-
Reparaturen
…n eigener Werkstatt
Wwe. Jos. Boetzkes
Niederstr. 46
Adolf-Hitler-Str. 32

…ahtgeflechte.
…acheldraht.
…ahtzäune.
…unpfosten u. s. w.
…Fallentern
Drahtflechterei.
…ammtorstraße 26.
Telefon 2182.

…arum lachst du?" …muß lachen, …n ich an das …rrachte Gesicht …e, das Tante …lie machen wird, …n sie unsere Ver…ngsanzeige in d. …Z. liest."

leser aus räsonnieren. Die Rückbeziehung allen Geschehens auf das eigene Innere kann eine grenzenlose Verfeinerung, Weichheit, Zartheit und Empfindsamkeit der Seele erzeugen; zum Albernen ist es nur noch ein Schritt. Wilhelm Meister schreibt vom Schlosse des Oheims aus: „In der Sphäre, in der ich mich gegenwärtig befinde, bringt man beinahe so viel Zeit zu, seinen Verwandten und Freunden dasjenige mitzuteilen, womit man sich beschäftigt, als man Zeit, sich zu beschäftigen, selbst hatte." Man schreibt den halben Tag über seine Erlebnisse. Das Leben ist in Reflexion erstickt.

Der Oheim kann sein liberales Leben nur auf einem Hintergrunde führen, wo die Bindungen der Gemeinschaft noch gelten. In seinem Gebiet wird „der öffentliche Kultus als ein freies Bekenntnis angesehen, daß man im Leben und im Tode zusammen gehöre; hiernach wird aber sehr darauf gesehen, daß niemand sich absondere". Hier gilt das Unbedingte, Schicksalmäßige der Bindung. Wie aber, wenn auch die Familienmitglieder unabhängige Götter sein wollten, wenn die Diener, statt die Feldküche blank zu putzen, darauf verfielen, lieber über ihre Erlebnisse zu schreiben? Darauf sind sie im liberalen Zeitalter verfallen. Was den Herrn zum Herrn macht, ist statt der gehaßten Ueberlieferung nur der Besitz; aber allein vom Besitz aus läßt sich keine Rangordnung aufrichten.

Die liberale Blütezeit hatte sich in die griechische Antike verliebt. Es war im Ganzen eine unglückliche Liebe. Man sah nur den Wert der Alten für die Persönlichkeitsbildung; aber keiner unserer Großen, auch Goethe nicht, auch Nietzsche nicht, konnte den Staatsgedanken so blutig ernst nehmen, wie ihn die beste Zeit der Griechen nahm. Im Athen des Aeschylos empfing das Leben seinen ganzen Halt und Inhalt durch die Eingliederung in den Staat. Der Staat bestimmte den Wert eines Menschen, nicht der Einzelne für sich. Wir beginnen erst jetzt, dank der erlebten Geschichte der Gegenwart, die beispielhafte Bedeutung der griechischen hohen Zeit zu verstehen. Wir empfinden es als Gegenwart, wenn bei Euripides der junge Ion davor zurückschaudert, aus der Stille von Delphi in das politisch gärende Athen einzutreten, wo er als Halbathener, vielleicht nicht einmal politische Rechte genießen wird. Aber das Bild des staatsbejahenden Aeschylos-Griechen zu zeichnen, ist uns erst aufgegeben. Es genügt nicht, im Sinn des erneuerten Humanismus Platon einfach als Krönung und Erfüllung des Griechentums hinzustellen. Platon verneint entscheidende historische Werte des Griechentums, wie z. B. die ganze Tragödie. Sein Werk versucht, auf dem Fundament der Wissenschaft noch einmal den Staat aufzurichten, nachdem das Feld der Politik hoffnungslos geworden war. Der Versuch wollte Unmögliches.

Der Liberale tritt (wie Ion) nur mit Schaudern in den totalen Staat ein. Ihn schaudert als Kranken vor der Genesungskrisis. Er kann sich nicht hingeben, kann bei keinem Aufmarsch mitmachen. Das gilt besonders für den wertvollsten überlebenden Vertreter des Liberalismus, für den Gelehrten. Wir jüngeren haben oft gelitten unter dem Lebensstil der Wissenschaftler, die als freie, unverpflichtete Private zu allem Nebensächlichen kritisch Stellung nahmen und alles Entscheidende offen ließen. Aber die selbstlose Hingabe an schwere Arbeiten und Vorarbeiten verdient den Dank des neuen Deutschlands, wenigstens da, wo ihn einer nicht schon dahin hat.

Neue Fassung des Schlachtsteuergesetzes.

Berlin, 1. Dez. In der Preußischen Gesetzsammlung Nr. 73 vom 29. November ist das Gesetz über Erleichterung bei der Schlachtsteuer und eine Bekanntmachung der neuen Fassung des Schlachtsteuergesetzes veröffentlicht worden.

Das Gesetz über die Erleichterung umfaßt drei Artikel und enthält u. a. einen neuen Schlachtsteuertarif. Die Bekanntmachung über die neue Fassung des Schlachtsteuergesetzes enthält fünf Abschnitte. Die Ueberschriften über die Abschnitte lauten: Gegenstand der Steuer; Schlachtsteuer-Ausgleichssteuer; Verwaltung der Steuer; Schlußbestimmungen.

Aufruf Darrés an die Landwirtschaft.

Berlin, 1. Dez. Der Erfolg des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit ist für den Wiederaufstieg Deutschlands von entscheidender Bedeutung. Es gilt, die gesamte Kraft auf dieses Ziel zu richten. Die Reichsregierung ist fest entschlossen, unter Einsatz aller Mittel und Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß der jahreszeitlich bedingte Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt im Gegensatz zu den letzten Jahren nicht fühlbar wird. Auch das deutsche Bauerntum hat hier große Aufgaben zu erfüllen. Auf dem Hof des Bauern bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, arbeitslose Volksgenossen auch im Winter mit nutzbringender Arbeit zu beschäftigen. Die Arbeitgeber sollten sich bemühen, unter allen Umständen ihre Landhelfer und Landarbeiter, insbesondere die Verheirateten, auch im Winter zu behalten. Die Reichsregierung hat zahlreiche Vorkehrungen getroffen, um den Arbeitgebern in der Landwirtschaft den notwendigen Entschluß zu erleichtern. Der deutsche Bauer hat bisher das Seinige getan, um der Pflicht der Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu dienen, und er wird auch in den kommenden Wintermonaten alles, was in seinen Kräften steht, einsetzen, um diesem Ziel seiner Führung zum Siege zu verhelfen. Auch der zweite Abschnitt der Arbeitsschlacht des deutschen Volkes wird gewonnen werden!

Frankreich bremst.

Der Pariser Polizeipräfekt gegen ausländische Elemente.

Paris, 2. Dez. (Eig. Radiodienst.) Zum Pariser Gemeinderat sprach gestern Polizeipräfekt Chiappe über eine notwendige Säuberungsaktion, durch die Paris von ausländischen Elementen frei werden müsse. In diesem Zusammenhang kam er auch auf die in Paris lebenden deutschen Emigranten zu sprechen, deren Zahl 7 200 ergibt. Er erklärte, daß die politische Betätigung dieser Elemente gegen das Land, aus dem sie ausgewandert seien, nicht geduldet werden könne. Auch könne man unmöglich zulassen, daß die Emigranten die Löhne und Warenpreise herunterdrückten.

„Disziplin halten, Quittung mit dem Stimmschein präsentieren".

Zu der Verschärfung des Regimes im Saargebiet.

Saarbrücken, 1. Dez. Zur Inkraftsetzung der Verordnungen, die die Regierungskommission zur Wahrung der Ruhe und Sicherheit im Saargebiet zu erlassen zu müssen geglaubt hat, betont die „Saarbrücker Zeitung", daß die Bevölkerung den neuen Verordnungen einen innere, auf sittlicher Zustimmung begründeten Gehorsam nicht entgegenbringen könne. Sich ihnen zu fügen, empfinde sie nicht als sittliche Pflicht, denn ihr Gewissen rebelliere dagegen, wie gegen jede Forderung, die sie als im Widerspruch zu ihrer nationalen Gesinnung stehend empfindet. Daß die Verordnungen aber befolgt werden, sei ganz bestimmt eine Klugheitsmaßnahme und diese Klugheit sei von der gesamten deutschen Bevölkerung des Saargebietes zu erwarten. Klug zu sein und sich den Verordnungen zu fügen, sich durch nichts zu einer Uebertretung hinreißen oder provozieren zu lassen, sei eine nationale Pflicht. Das Blatt fordert die Bevölkerung auf, Disziplin zu halten und die Quittung mit dem Stimmschein zu präsentieren.

5000 Soldaten bewachen Wallstreet.

Mannöver unter der Erde. — Giftgase und heißer Dampf gegen Bankräuber.

Neuyork. Nicht weniger als 5000 erstklassig bewaffnete Soldaten, die ständig scharfgeladene Waffen bei sich führen, sind ausschließlich mit der Ueberwachung der ungeheuren Reichtümer der Neuyorker City betraut. Sie sind die „eiserne Garde" von Wallstreet. Jeder, der in diese Verteidigungstruppe des Großkapitals aufgenommen wird, wird auf Herz und Nieren geprüft. Er muß vor einer besonderen Kommission beweisen, daß er ein vorzüglicher Schütze ist und mit den modernsten Handfeuerwaffen und mit dem Maschinengewehr ebensogut umgehen kann wie mit Tränengasbomben und ähnlichen Mitteln. Einen großen Teil ihres Lebens verbringen diese Leute, die natürlich gut bezahlt werden, in unterirdischen Räumen. Ein großer Teil ihrer Freizeit ist mit Schießübungen ausgefüllt.

Um die Truppe in ständiger Verteidigungsbereitschaft zu halten, werden von Zeit zu Zeit besondere Manöver abgehalten. Es wird hierbei ein fiktiver Angriff von Gangsters usw. angenommen. Das „Manövergelände" wird so gewählt, daß jedes Mal ein anderer Abschnitt des betreffenden Gebäudes oder Häuserblocks den Angreifern zum Ziel dient.

Außer dieser aktiven Elitetruppe verfügt Wallstreet noch über eine entsprechende Reserve. 14 000 Männer und Frauen haben den Waffenschein und sind im Schießen ausgebildet. Ein Großteil von ihnen sind Detektive, die in der Maske harmloser Kunden oder Spaziergänger die Bankgebäude usw. unter ständiger Bewachung halten.

Natürlich fehlt es auch nicht an technischen Sicherungen, die jedem Räuber oder Einbrecher unliebsame Ueberraschungen bereiten können. In dem einen Bankhaus werden die Geldräuber, sobald sie an die Tresors heranwollen, durch Wasserfluten überrascht, in dem anderen werden automatisch Giftgase auf sie losgelassen, in einem dritten empfängt sie siedender Dampf . . . Bis ins letzte sind die raffinierten Signalanlagen durchgedacht, die mit unsichtbaren Strahlen und ähnlichen Errungenschaften der modernsten Sicherungstechnik arbeiten. Die lebende Wachttruppe spielt neben diesen technischen Schutzmaßnahmen noch eine verhältnismäßig bescheidene Rolle . . .

Das erste Todesurteil wegen Brandstiftung.

Berlin, 1. Dezember. Das Berliner Sondergericht verurteilte am Freitagnachmittag in dem märkischen Ort Linum bei Fehrbellin den 23jährigen Melker Richard Bahr wegen fortgesetzter teils vollendeter teils versuchter Brandstiftung, begangen in der Absicht, unter der Bevölkerung Angst und Schrecken zu erregen, auf Grund des Gesetzes zur Abwehr politischer Gewalttaten vom 4. 4. 33 zum Tode und zum dauernden Ehrverlust. Zwei weitere Angeklagte wurden wegen Anstiftung zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

40 Jahre Arbeit für eine viertel Million Menschen.

Unterredung mit Staatssekretär Hierl über den Arbeitsdienst.

Berlin, 30. Nov. Der Reichsleiter für den Freiwilligen Arbeitsdienst, Staatssekretär Hierl, gewährte, wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, einem Vertreter der Leipziger Neuesten Nachrichten eine Unterredung, in der er außerordentlich bedeutsame Angaben über den Arbeitsdienst machte. Dem Arbeitsdienst sei eine große volkswirtschaftliche Produktivität zuzuerkennen. Schon jetzt finde man überall im Reiche zahlreiche Stellen, die im Vorjahre noch Oedland waren, und auf denen heute Kartoffeln oder Getreide wachsen. Der Arbeitsdienst solle ja durch bestmögliche Bearbeitung deutschen Bodens unser Volk unabhängig von der Einfuhr lebensnotwendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse machen. Wenn der Arbeitsdienst diese Aufgabe erfülle, dann habe er eine derartig produktive Aufgabe gelöst, daß demgegenüber alle im privatkapitalistischen Geiste angestellten Rentabilitätsberechnungen entbehrlich erschienen.

Die volkswirtschaftliche Produktivität des Arbeitsdienstes werde in viel höherem Maßeerscheinen, wennes gelungen sei, den vom alten System hinterlassenen Zustand eines planlosen Einsatzes zu überwinden.

Eine Entlastung der Gemeinden trete schon durch das Ausscheiden der jungen Leute aus der Erwerbslosenfürsorge ein. Dann komme noch die starke Belebung der ortsansässigen Wirtschaftskreise durch ein Lager, das 200 junge Leute mit ihren vielfältigen Bedürfnissen umfaßt. Das Geld, das dem Arbeitsdienst für die Unterhaltung der Mannschaft und Lager zur Verfügung gestellt werde, fließe doch restlos in die Volkswirtschaft zurück. Daher bemühten sich die Gemeinden auch, Arbeitslager in ihren Bereich zu bekommen.

Was die Beschäftigungsmöglichkeiten anlange, so würden zur Durchführung der in Deutschland vorhandenen volkswirtschaftlichen, wertvollen Kulturarbeiten bei einem Jahreseinsatz von einer Viertel Million Menschen noch mindestens 40 Jahre benötigt werden. Auch für den Winter sei vorgesorgt. Im übrigen bleibe unverrückbares Ziel die Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für alle arbeitstauglichen jungen Deutschen.

Zum Schlusse schilderte der Staatssekretär, wie die aus dem Arbeitsdienst Ausscheidenden vielfach schon vor der Entlassung von Unternehmern angefordert würden.

Arbeitsdienstzeugnis dem Arbeitspaß gleichgestellt.

Berlin, 1. Dez. Der in Zukunft von den Meldestellen für den Freiwilligen Arbeitsdienst auszustellenden Arbeitspaß an diejenigen Arbeitsdienstwilligen, die aus dem DAD. ausscheiden, hat ganz genau dieselbe Bedeutung, wie das bisher von den Trägern des Arbeitsdienstes ausgestellte Dienstzeugnis. Die früher im Arbeitsdienst gewesenen Arbeitsdienstfreiwilligen sind daher in keiner Weise benachteiligt gegenüber denjenigen, die jetzt den Arbeitspaß erhalten.

„Der Sieg des Glaubens".

Feierliche Uraufführung des Filmes vom Reichsparteitag der NSDAP. in Anwesenheit des Führers.

Berlin, 1. Dez. Im Ufa-Palast am Zoo fand heute abend in Anwesenheit des Führers und zahlreicher Minister sowie höherer Führer der NSDAP. die feierliche Uraufführung des Filmes vom Reichsparteitag in Nürnberg statt, der unter dem Titel „Der Sieg des Glaubens" von der Reichspropagandaleitung der NSDAP. hergestellt worden ist.

Dieser Film ist eine gewaltige Bildsymphonie des neuen Deutschlands, eine Bildsymphonie der Triumphtage, an denen die, die dieses Reich erkämpft haben, den Sieg feiern und dem Führer erneut ihr treues Gelöbnis bis in den Tod ablegen konnten.

+

Kleine Chronik

Dr. Ley gewährte dem Hauptschriftleiter des „Deutschen" eine Unterredung, in der er wichtige Ausführungen über die Zukunft der Arbeitsfront und den Aufbau der Gemeinschaft „Kraft durch Freude" machte.

Bis zum 26. November sind insgesamt 103 435 Ehestandsdarlehen ausgegeben worden in einer Gesamthöhe von 70 101 345 RM.

Das Berliner Sondergericht verurteilte einen 23jährigen Melker zum Tode, weil er in der Absicht, in der Bevölkerung Angst und Schrecken zu erregen, Brandstiftungen verübt hatte. Zum ersten Male wird damit eine Brandstiftung mit dem Tode bestraft.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, wird Montag nachmittag Genf verlassen.

Berlin, 1. Dez. Die Reichspropagandaleitung gibt laut NSK. bekannt: An alle Ortsgruppen der NSDAP. Das gewaltige Filmwerk „Der Sieg des Glaubens" tritt in diesen Tagen seinen Zug durch Deutschland an. Nur einigen hunderttausend Parteigenossen, SA- und SS-Kameraden war es vergönnt, die Tage des Reichsparteigaes in Nürnberg mitzuerleben. Jetzt vermittelt der Film den vielen Millionen deutschen Volksgenossen Ton und Bild dieses großen Ereignisses.

Die Ortsgruppen der NSDAP. werden daher angewiesen, am jeweiligen Tage der Aufführung dieses gewaltigen Filmwerkes innerhalb ihres Ortsgruppenbereiches keine anderen dienstlichen Veranstaltungen durchzuführen, um der Parteigenossenschaft und der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, durch ihren Besuch die Aufführung des Reichsparteitagfilmes zu einer machtvollen Kundgebung zu gestalten.

Dr. Goebels,
Reichspropagandaleiter der NSDAP.

Auflösung der industriellen Arbeitgeberverbände.

Berlin, 1. Nov. Im Anschluß an den Aufruf der Reichsregierung und des Führers der Arbeitsfront an alle schaffenden Menschen haben die maßgebenden Vertreter der industriellen Arbeitgeberverbände in seiner am gestrigen Tage abgehaltenen Sitzung beschlossen, die industriellen Arbeitgeberverbände aufzulösen und in ihre Liquidation zu treten.

Großer Erfolg der Stiftung für die Opfer der Arbeit.

6½ Millionen Mark bereits gespendet.
Verteilt sind bisher 202 000 Mark.

Berlin, 2. Dez. Die vom Führer ins Leben gerufene Stiftung für die Opfer der Arbeit hat bisher einen großartigen Erfolg zu verzeichnen. Ihr Sinn und ihre Aufgabe sollte sein, das war der Wunsch des Führers, daß die Hinterbliebenen tödlich verunglückter Arbeiter fernerhin nicht mehr allein auf die Unterstützungssätze der Fürsorge angewiesen sein sollten.

Dieser Aufruf des Führers hat einen ungeheuren Widerhall in allen Schichten des deutschen Volkes gefunden, so daß heute, nach fünf Monaten, schon der staatliche Betrag von über 6½ Millionen Reichsmark zur Hilfeleistung für die Witwen und Waisen zur Verfügung steht.

Erklärung des Kanzlers zur Kirchenlage.

Keine Reichs- und Staatseingriffe in den innerkirchlichen Meinungskampf.

Berlin, 1. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Innerhalb der deutsch-evangelischen Kirche sind zurzeit Auseinandersetzungen im Gange, die auf eine Klärung der kirchlichen Gesamtlage hinzielen. Reichskanzler Adolf Hitler hat die ausdrückliche Entscheidung getroffen, daß, da es sich um eine rein kirchliche Angelegenheit handelt, von außen her in diesen Meinungsstreit nicht eingegriffen werden soll. Der Reichsminister des Innern hat daher die Länderregierungen gebeten, die nachgeordneten Dienststellen unverzüglich mit entsprechender Weisung zu versehen. Es ist selbstverständlich, daß die zur Wahrung der äußeren Ordnung etwa notwendigen Maßnahmen insoweit zulässig sind, als sie nicht den Charakter eines Eingriffes in den innerkirchlichen Meinungskampf haben, Auch kirchliche Stellen sind nicht befugt, ein Einschreiten staatlicher Organe in kirchlichen Meinungsstreit herbeizuführen.

Weihnachtsamnestie in Oesterreich?

Wien, 1. Dez. Das Blatt der Nationalsozialistischen Front, die „Zeit", will erfahren haben, daß man sich in Regierungskreisen mit dem Gedanken einer Weihnachtsamnestie für die wegen politischer Vrgehen Verurteilten bezw. in Haft Befindlichen beschäftige. Ohne eine offizielle Bestätigung der Nachricht zu haben, hält das Blatt die Mitteilung deswegen für glaubwürdig, weil ihre Verwirklichung dazu beitragen würde, die innen- und außenpolitischen Spannungen abzuschwächen.

Aus der Stadt Neuß

Samstag, 2. Dezember 1933 — Neuß-Grevenbroicher Zeitung — Jahrgang 6[illegible] Nummer 328

Vor 15 Jahren:

Als die belgischen Truppen Neuß besetzten.

Tage der Schmach und des Schmerzes. — „par ordre de la commandature . . ." Die Stadt in Fesseln.

III.

Wir setzen heute die Artikelserie „Vor fünfzehn Jahren" an Hand der alten Zeitungsbände fort.

Mit den ersten Tagen des Dezember 1918 zog über unserer Stadt und über unserem Land ein düsteres Geschick herauf; hätten schon die Schatten des Waffenstillstandes genügt, Niedergeschlagenheit und Mutlosigkeit hervorzurufen, so war dem linken Rheinland noch weiterer Schmerz und weitere Schmach vorgesehen: die Besetzung durch feindliche Truppen.

Was das äußerlich bedeutete, das sieht schon unsere Zeitung vom 4. Dezember, in der die Verlagsleitung darauf vorbereitet, daß die N.G.Z. in den kommenden Tagen — am 5. Dezember erfolgte der Einmarsch der belgischen Truppen — infolge fehlender Verbindungen und infolge der Sperrung der Bahn- und Reiseverbindungen der Versand einige Tage werde aussetzen müssen, und während sich im politischen Teil schon der Kampf gegen den Marxismus, gegen Haenisch und Hoffmann vorbereitet, wird im lokalen Teil gemeldet, daß morgen die belgische Besatzung einziehen werde, wird zu Zurückhaltung und Würde gemahnt.

Seit dem 4. Dezember war der Bahnverkehr mit der rechten Rheinseite vollkommen eingestellt; mittlerweile waren auch die Bedingungen der Besatzungstruppen bekannt geworden; sie waren sehr schwer, und deswegen wird auch vor unüberlegten Handlungen gegen die Besatzungstruppen gewarnt, weil es keinen Sinn habe, gegen die bewaffnete Macht der Besatzungstruppen Handlungen zu unternehmen, deren Folgen die Allgemeinheit zu tragen haben werde.

Aus der gleichen Zeitung ersehen wir weiter, wie sich der Einzug der fremden Truppen am Tage vorher in Aachen vollzogen hatte; ein belgischer Offizier hatte sämtliche Telefonleitungen durchschnitten und nur den Draht mit Belgien bestehen lassen; auch werden die ersten Kontributionen bekannt. Die Engländer verlangten eine solche von 40 Millionen Mark, die mit 10 Millionen von der Stadt Duisburg und mit 30 Millionen von der Stadt Köln getragen wurden. Die Amerikaner verlangten in ihrer Zone „einstweilen" 54 Millionen Mark.

✣

In der NGZ. vom 5. Dezember, die in zwei Sprachen, nämlich in deutsch und französisch erscheinen mußte, ist sichtbar, daß die belgischen Besatzungstruppen am 4. Dezember morgens in Neuß einmarschierten und vom Oberbürgermeister Gielen empfangen werden mußten. Auf dem Rathaus wurde die belgische Flagge gehißt. Das Hauptquartier der Besatzungstruppen, dem General Lemercir vorstand, wurde im Hause Krefelderstraße 47 in dem Selsschen Hause bezogen.

Aus dem ersten Befehl („arreté a la population de Neuß"), der in deutsch und französisch auf der ersten Seite bekannt gegeben werden mußte, ersehen wir einige Einzelheiten:

Die Straßen sind von 7 Uhr abends bis 4 Uhr morgens für die Bevölkerung gesperrt. Zu welchen Störungen dies führen mußte, liegt auf der Hand. Alle öffentlichen Gebäude, Theater, Kinos, Kaffees und Wirtschaften sind bis auf weiteres gesperrt; Ansammlungen und Versammlungen sind verboten und sollen mit Waffengewalt auseinandergetrieben werden. Alle Waffen und militärischen Ausrüstungsgegenstände waren bis zum 4. Dezember, 5 Uhr, im Rathause abzuliefern.

Fünf Geiseln, die vom Kommandanten bezeichnet wurden, mußten sich in das Rathaus begeben und galten als Bürgen für die Sicherheit der Besatzungstruppen. Die gesamte Polizei- und Gemeindeverwaltung wurde der Besatzungsbehörde im Rathaus unterstellt. Jeder Wagenverkehr, ausgenommen der Verkehr für Lebensmitteltransporte, war verboten; nur die Feuerwehr durfte zu jeder Stunde ausrücken. Keine Zeitung, keine Veröffentlichung und kein Plakat durfte ohne die Genehmigung der Kommandantur erscheinen, in jedem Falle aber in beiden Sprachen. Die Veröffentlichung drohten jedem, der im Besitz von Waffen angetroffen wurde, mit Erschießung. Haussuchungen wurden vorbehalten.

Wer dem Befehle zuwiderhandelte, sollte festgenommen und ohne Verfahren erschossen werden. Die Bürgerwehr wurde aufgelöst, und der Postverkehr aufgehoben, ebenfalls der Eisenbahn- und Telefonverkehr. Auch die Rheinschiffahrt mußte eingestellt werden.

Am 6. Dezember eröffnet das belgische Hauptquartier den allgemeinen Belagerungszustand, und im Lokalteil der Zeitung dieses Tages lesen wir ein Stückchen stiller Resignation, wenn wir dort — es war der St. Nikolaustag — folgende Notiz:

„**St. Nikolaus,** der gute heilige Mann, welcher Jahr um Jahr so viel Freude in unsere Häuser brachte und die Kinderwelt mit seinen reichen Gaben zu erfreuen wußte, kommt heute als ein armer Schelm mit leeren Taschen. Zuckerzeug und Lebkuchen sind seltene Dinge geworden. Hoffen wir umso mehr, daß in seinem Gefolge eine bessere Weihnacht sein wird mit dem Sang der Engel „Friede den Menschen auf Erden!" Dann werden auch die goldenen Kinderträume bald wieder glückliche Wirklichkeit werden."

(Im politischen Teil der gleichen Zeitung finden wir eine Notiz, in der gemeldet wird, daß Deutschland während des Krieges 360 Tauchboote gebaut haben soll, von denen 210 zerstört worden sein sollen, der Rest von 150 sei an England ausgeliefert worden.)

Die folgenden Zeitungen geben erklärlicherweise nur ein schwaches Bild von dem, was sich während der kommenden Notzeit in unserer Stadt abspielt. Schon am 7. Dezember verzeichnet der Lokalteil die ersten Verurteilungen; mehrere Gutsbesitzer, die es unterlassen hatten, ihre Jagdwaffen abzuliefern, wurden zu drei Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe verurteilt; das belgische Kriegsgericht verhandelte von Samstags gegen 30 Zivilpersonen, die beim Plündern auf dem Güterbahnhof betroffen worden waren. 12 Urteile belegten vier Personen, die geplündert hatten, mit 10, 5, 3 und 2 Jahren Gefängnis; eine große Anzahl Personen, die zwischen 7 Uhr abends und 4 Uhr morgens auf der Straße getroffen worden waren, kamen in Haft.

Die Stadt glich einem Heerlager; fortwährend zogen die Besatzungstruppen von Aachen kommend in nördlicher Richtung durch die Stadt. In einer Stadtratssitzung, die Samstags und Sonntags stattfand, wurde ein Arbeitslosenamt eingerichtet, und wurde die Ueberprüfung der Liquidationen des Arbeiter- und Soldatenrates, die sich auf 9000 Mark beliefen, durchgeführt. In einer Lokalnotiz wird auf Anweisung der Besatzungstruppen bekannt gemacht, daß jede Person über 12 Jahre mit einem Ausweis versehen sein muß, und daß in jedem Hause gleich im Innern neben der Tür ein Verzeichnis der im Hause wohnenden Personen angebracht sein muß, und an einer anderen Stelle der gleichen Zeitung lesen wir die dringende Mahnung, Würde-Ruhe und Ordnung zu wahren, das sei der einzige Weg, um zu besseren Lebensbedingungen zu kommen.

Am 11. Dezember erscheint die Zeitung wieder nur in deutscher Sprache.

Mehrere Personen, welche die belgische Fahne nicht gegrüßt hatten, wurden in der militärischen Marschordnung mit entblößtem Haupte mitgenommen, zur Kommandantur gebracht, um dort entlassen zu werden. Wegen nicht rechtzeitiger Stellung von Gespannen werden an diesem Tage der Stadt Neuß die ersten Kontributionen auferlegt und zwar in Höhe von 1000 und 500 Mark. Die Brieftaubenbesitzer müssen ihre Taubenschläge anzeigen, ein kennzeichnendes Verzeichnis der Tiere an den Schlägen anbringen und dürfen diese Tag und Nacht nicht schließen.

Nach und nach sickern auch Nachrichten aus dem Reiche durch; sie sind gleich niederschmetternd wie die Vorgänge in der Heimat. Spartakus erhebt seine Stirn.

Am ersten Adventssonntag wurde in den Kirchen das Hirtenschreiben der Bischöfe an die heimkehrenden Krieger verlesen, in dem es u. a. heißt:

„. . . Heimekhrende Krieger, Soldaten! Wenn irgend jemand, dann seid Ihr es, die da wissen, wie verderblich alle Uneinigkeit und alle Unordnung ist, wie unentbehrlich uns Menschen Einigung und Ordnung sind. Ohne sie kann keine Gesellschaft bestehen. So hat Gott es in unsere Natur hineingelegt und darum ist es Gottes heiliges Gebot, untertan zu sein der Obrigkeit. Nehmet darum, Geliebte, mit dem Danke für alles, was Ihr heldenhaft getan und gelitten hibt, aus unserem Munde die treugemeinte Mahnung und väterliche Bitte: Schauet Euch um in der Heimat, wie es steht; tretet ein für Ordnung und Gesetz, ohne die es keine Freiheit geben kann; legt Hand ans Werk und helft mit an dem Wiederaufbau des Vaterlandes, namentlich durch ein echt christkatholisches, religiöses Leben. Niemand ist mehr als Ihr dazu berufen. . . .

Heimkehrende Krieger! Unser Dank und unsere Liebe gilt nächst Euch und allen Euren Kameraden, die in der Gefangenschaft des Feindes seufzen. Unser Gebet und unser ganzes Sinnen, unsere Arbeit und unser Streben geht auf ihre baldige Erlösung.

Ihr kehrt heim. Nicht als Besiegte. Mehr als vier Jahre hindurch, auf 100 Schlachtfeldern und in 1000 Kämpfen habt Ihr Eure Treue gegen das Vaterland und Eure Tapferkeit gegenüber einer Welt von Feinden glorreich bewiesen. Euer Heldenschild ist blank, Eure Ehre unversehrt; kommende Geschlechter werden Eure Taten und Eure Tapferkeit einst anerkennen und verherrlichen. . . .

Den Dank aber gegen alle, die in diesem Kriege gefallen sind, wollen wir ihnen nachsenden in die Ewigkeit. . . . . ."

Während sich gegen Mitte Dezember nur langsam die überaus strengen Verordnungen der Besatzungsbehörde zu lockern begannen, um beim geringsten Anlaß ungeheuerlich verschärft zu werden, bringt nun Tag um Tag die Zeitung Verurteilungen, Geiselbefehle und vielerlei andere unerträgliche, beschämende Maßnahmen.

Eine der trübsten deutschen Weihnachten, wahrscheinlich wohl die traurigste überhaupt, wirft schüchtern auch in das Bild der Zeitung, die nach wie vor — viele weißen Stellen zeigen das an — strengster Zensur unterliegt, ihre Schatten in die Zeitung, welche nur ganz zaghaft und verborgen von jener Qual aufzuzeigen vermag, die das Herz jedes Mitbürgers bedrückt, die wir heute noch schmerzvoll in der Erinnerung empfinden.

F. H.

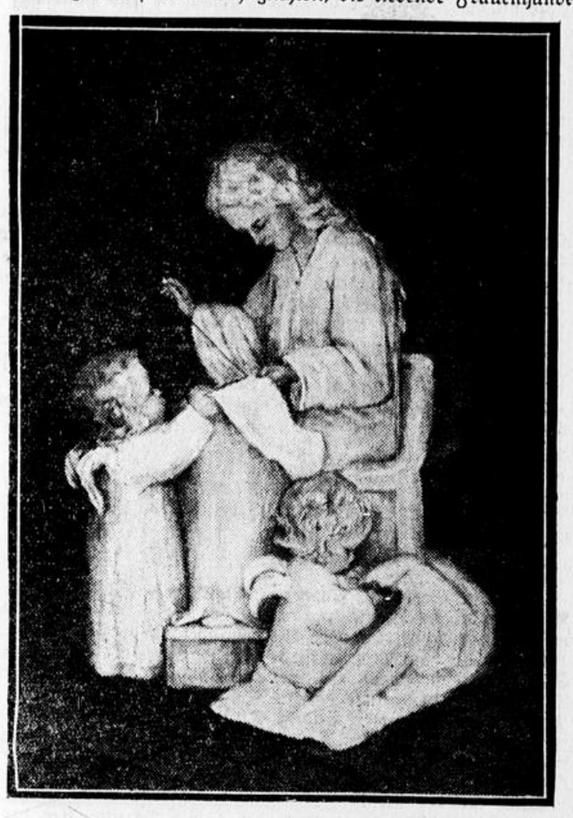
Stadt-Nachrichten

Neuß, 2. Dezember 1933

Advent!

Nun brauen die Dezembernebel über den Fluren, ziehen sich um Busch und Baum, formen diese zu gespenstischen Ungeheuern. Ein kalter Wind zerrt feuchten Nebel in bleichen Fetzen durch die Straßen der Städte und Dörfer, zwängt ihn durch alle Fugen und Spalten selbst in die Wohnungen der Menschen, die sich darob in dem heimeligen Winkel um den Ofen zusammendrängen. Nun sind die Tage gekommen, da unser leuchtendes Tagesgestirn am Himmel nur einen kurzen flachen Bogen beschreibt, so daß es uns nur wenige Stunden Licht spendet.

Das ist die Zeit, in der wir den Frieden und Segen einer Heimstatt ganz besonders dankbar empfinden. In diesen Wochen, die für die Hausfrau und Mutter mit doppelter Arbeit und Sorge angefüllt sind, erwächst ihr aber auch eine wundervolle Gelegenheit, sich als Priesterin des heimischen Herdes zu zeigen. Wie dankbar sind jetzt alle Familienmitglieder für die Behaglichkeit, die liebende Frauenhände



„Erwartung".
Nach einem Oelbild von M. Spötl
(Aus der ausgezeichneten Bildersammlung des Verlages „Ars sacra" J. Müller, München.)

daheim verbreiten! Wie fühlt jeder den Segen des Familienlebens, das in dieser Zeit tiefer Trauer in der Natur mit seiner freundlichen Geselligkeit so warmes Herzensglück zu spenden vermag. Jeder einzelne kann etwas dazu beitragen, daß diese winterlichen Stunden am heimischen Herde zu einer Quelle von Behagen und innerem Glück werden, das selbst in der Erinnerung nach langen Jahren noch in seliger Freude aufleuchtet.

Schon klingen aus der heraufdämmernden Adventszeit die altvertrauten Weisen herüber nach dem Licht des Erlösers, nach dem Glanz der Weihnacht. Wie geschaffen sind diese Wochen zur Vorbereitung auf das Hochfest der Christenheit. Allenthalben wirken emsige Hände, um geliebten Menschen eine Freude zu machen. Unerschöpflich sind die Menschen jetzt im Erfinnen von Ueberraschungen. Die schlichtesten Arbeitsfäuste werden aus Liebe jetzt zu Künstlerhänden, aus denen die schönsten Erzeugnisse hervorgehen. Glücklich das Kind, das in seine weiche, empfängliche Seele die unvergeßlichen Eindrücke solcher Winterabende am heimischen Herde mit ins Leben nehmen kann! Und die Eltern, denen es jetzt gelingt, im Zauber traulichen Lampenscheines ein Familienleben zu pflegen, das allen Gliedern zur Quelle tiefsten Herzensglückes wird.

Opfert für den Kampf, denn viele hungern und frieren!

Morgen wieder Eintopf-Gericht!

Alle Neußer Hausfrauen haben am Sonntag wieder Eintopfgericht auf dem Küchenzettel stehen. Vater und Kinder rümpfen schon nicht mehr die Nase, wenn es heißt: „Sonntag ein einfaches Gericht."

Das einfache Essen an den beiden letzten Eintopfsonntagen hat so gut geschmeckt, daß es allen schon so recht zur Gewohnheit geworden ist; genau so, wie es Freitags meist Fischgerichte gibt, so weiß man schon nicht mehr anders, daß es am ersten Sonntag im Monat Eintopfgericht gibt. Es soll aber trotzdem nicht eine bloße Gewohnheit sein, wir wollen uns vielmehr stets des tieferen Sinnes dieses Eintopfsonntags bewußt bleiben.

Am 12. November hat das deutsche Volk wie nie zuvor seine Einigkeit und seine Verbundenheit mit jedem Volksgenossen zum Ausdruck gebracht. Dieses Bekenntnis vom 12. November soll aber nicht ein Lippenbekenntnis sein, sondern ein Bekenntnis zur Tat. Wer sich am 12. November mit dem Herzen und dem festen Willen für den Frieden und für den Führer Adolf Hitler bekannt hat, der wird wissen, was Einigkeit und wahre Volksverbundenheit bedeutet. Dieses wollen wir am Eintopfsonntag bedenken. Es geht nicht nur darum, den durch das einfache Gericht am Sonntag ersparten Betrag den Bedürftigen zugute kommen zu lassen, wir wollen vielmehr am Sonntag durch die Tat zeigen, daß wir Volksgemeinschaft bis zum letzten Mann kennen. Es ist doch ein beglückendes Empfinden für die Aermsten der Armen, zu wissen, daß jeder Volksgenosse mit ihm fühlt und bereit ist, ihm zu helfen.

Es geht deshalb der Ruf wieder an alle: Am Sonntag schließt sich keiner aus der Volksgemeinschaft aus. Jeder gibt am Sonntag ehrlich, was er durch das einfache Gericht gegenüber dem sonstigen Sonntagsgericht erspart hat. Gerade im Monat Dezember gibt es viel Not und Sorgen zu beseitigen. Denke jeder an das nahe Christfest und gebe er gern. Tue jeder Volksgenosse seine Pflicht, dann wird das große Winterhilfswerk gelingen und in diesem Winter kein Volksgenosse hungern oder frieren.

Stellt Jungarbeiter und Lehrlinge ein!

Bitte an die Arbeitgeber in Handel, Industrie und Handwerk.

Vom Arbeitsamt wird uns geschrieben: Nach schwachen Geburtsjahrgängen kommt erstmals wieder Ostern 1934 ein fast um 100 Prozent stärkerer Jahrgang zur Schulentlassung. Im Arbeitsamtsbezirk Neuß treten allein aus den Volksschulen rund 2200 Knaben und Mädchen in das Berufsleben. Das Schicksal dieser jungen deutschen Menschen macht zusätzliche Einstellungen von Lehrlingen notwendig. Die berufliche Lehre als solche ist das beste, was jedem gegeben werden kann. Wissen und Können, das wir in junge Menschen hineinlegen, ist aber auch eine der besten und höchstverzinsten Kapitalanlagen für Volk und Wirtschaft. Die Zahl der Lehrlingseinstellungen der letzten Jahre muß überboten werden, um für die Zukunft geeignete Facharbeiter heranzubilden, an denen schon jetzt sich langsam in einzelnen Berufen ein Mangel bemerkbar macht. Lehrlingseinstellung ist deshalb nationale Pflicht! An Handel, Industrie und Handwerk ergeht die Bitte: Stellt Jungarbeiter und Lehrlinge ein. Meldet baldmöglichst freiwerdende und neu zu schaffende Lehr- und Anlernstellen dem Arbeitsamt, Abteilung Berufsberatung. Unter eingehender Würdigung der charakterlichen, geistigen und körperlichen Anlagen der Berufsanwärter und ihrer sozialen Verhältnisse wird die Berufsberatung bemüht sein, der Wirtschaft den qualitativ besten Nachwuchs zu vermitteln.

*

Dr. h. c. Werner T. Schaurte Mitglied der Reichsstelle für Außenhandel in Düsseldorf. Durch das Gesetz über Maßnahmen zur Förderung des Außenhandels vom 18. Oktober 1933 hat die Außenhandelsstelle für Düsseldorf und den Stadtkreis Neuß eine neue Grundlage erhalten. Der Reichswirtschaftsminister hat in den Vorstand berufen die Herren Handelskammerpräsident Diplom-Ingenieur Zucker, zugleich als Vorsitzenden, Dr. Werner T. Schaurte, Neuß und Hugo Erbslöh, Düsseldorf. Zum Leiter der Außenhandelsstelle und zugleich zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied hat der Minister den Syndikus der Handelskammer, Dr. Josef Wilden, ernannt, der damit Beauftragter des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums für die Durchführung der amtlichen Aufgaben auf dem Gebiete der Außenhandelsförderung ist.

Sonntags- und Nachtdienst hat vom 2. 12. (19 Uhr) bis 9. 12. (19 Uhr) die Einhorn-Apotheke.

Nochmals: „Zu spät". Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am morgigen Sonntag die letzte Aufführung des Zweckdramas für Krebsbekämpfung „Zu spät" erfolgt. Die Aufführung beginnt um 5 Uhr im Zeughaussaale. Ein aufklärender Vortrag eines hiesigen Arztes über Krebskrankheiten und deren Heilungsmöglichkeiten wird der Aufführung vorausgehen.

Möchten noch viele Mitbürger die Gelegenheit wahrnehmen, sich die auf diesem Gebiete die so dringend erforderliche Aufklärung zu verschaffen, damit nach Möglichkeit recht viele vor einem harten Schicksal bewahrt werden.

Aenderung in der Neußer Milchversorgung.

Ab Montag hat jeder Milchhändler seinen festen Bezirk. — Für viele heißt es Abschied nehmen vom alten Milchmann.

Zu einer Versammlung, die für die gesamte Wilchwirtschaft von Neuß und Umgebung von größter Bedeutung war, hatte der Verein Neußer Milchversorgung E. V. die Milchhändler, die die Stadt Neuß beliefern, einberufen.

Nachdem der Vorsitzende Brüggen die Vertreter der Kreisleitung und der Stadtverwaltung begrüßt hatte, nahm der Vorsitzende des Milchwirtschaftsverbandes Neuß, Dückers das Wort, um in großen Zügen zu erklären, welch einschneidende Aenderungen in der Milchversorgung die heutige Versammlung einleiten solle.

Nach den für den hiesigen Ortsverein maßgebenden Bestimmungen des Hauptverbandes in Essen müssen ab Montag, dem 4. Dezember die Landwirtschaftsministerium vorgeschriebenen Richtlinien durchgeführt werden. Dies bedeute manchmal eine gewisse Härte sowohl für den Landwirt, wie auch für den Milchhändler, werde sich aber günstig auswirken. Nach den von den Händlern eingereichten Listen sei der Stadtbezirk Neuß unter Berücksichtigung der verbrauchten Literzahl und der Straßenzüge in Bezirke eingeteilt worden, und jedem Händler werde entsprechend seinem bisherigen Umsatz ein bestimmter Bezirk zugewiesen werden.

Vorsitzender Brüggen nahm dann Stellung zu den augenblicklichen Erscheinungen, die über den Milchwirtschaftsmarkt hereingebrochen sind, und die unbedingt Aenderungen erforderten unter dem Motto: Helft der notleidenden Landwirtschaft! Es sei unnötig, daß ein Milchhändler, um eine bestimmte Literzahl umzusetzen, durch die ganze Stadt herumfahre. Die so täglich entstehenden hohen Unkosten gingen letzten Endes auf das Konto der Landwirtschaft, weshalb eine rationelle Neueinteilung unbedingt erforderlich sei.

Die gesamte Milchwirtschaft ruhe auf drei Säulen: dem Milchwirtschaftsverband, als Vereinigung der Milcherzeuger; den Molkereien, welche die Milch verarbeiten, und dem Milchhandel, der die Milch dem Kunden zubringt. Es müsse nun versucht werden, für den Milchhandel eine Basis zu schaffen, auf welcher er bestehen könne, wobei gleichzeitig den Interessen der Landwirtschaft nicht geschadet werde. Deswegen sei die Zusammenlegung erfolgt, um bei gleichem Gesamtverdienst eine kleinere Preisspanne zwischen Erzeuger und Händler möglich zu machen. Es ist in Neuß gelungen, diese Verdienstspanne so lange zu halten, bis die Einteilung in Reviere durchgeführt war.

Der Milchhändler, der sich ab Montag in einem ihm nicht zustehenden Revier aufhalte, habe zu erwarten, daß er festgenommen und sein Gefährt beschlagnahmt werde. Nach Möglichkeit sei darauf geachtet worden, daß jeder Händler annähernd den gleichen Umsatz hat wie bisher, was aber nicht ausschließe, daß nun einer etwas mehr, der andere etwas weniger hat, jedoch seien alle Härten nach besten Kräften ausgeglichen worden.

Durch verschiedene Stellen sei zum Ausdruck gebracht worden, daß es nicht angehe, dem Verbraucher einen bestimmten Milchhändler zuzuteilen. Wenn man aber dem Kunden die Wahl lasse zwischen drei verschiedenen Lieferanten, so sei zu erwarten, daß auch von diesen keiner genehm sei, und man habe dabei zugunterletzt auch nichts erreicht. Deswegen sei auch von vorneherein das sog. Einmannsystem eingeführt worden. Da ab Montag auch der Molkereibezug für Neuß gesperrt sei, gebe es nur noch Frischmilch.

Da die Neuerungen im Interesse der Allgemeinheit durchgeführt werden, wird die Verbraucherschaft gebeten, im Sinne des rundsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz der Durchführung keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Man möge auch berücksichtigen, daß hier nur Bestimmungen des Landwirtschaftsministers durchgeführt werden. Der Händler müsse sich für die Folge mit einer Verdienstspanne von 5 Pfg. je Liter begnügen, was nicht ausreiche, wenn er die ganze Stadt befahren müsse.

Es sei ab Montag auch verboten, die Milch wie bisher mit dem Fahrrad auszufahren, es sei denn, daß es sich um ein Geschäftsrad handele mit einem geschlossenen Kasten, in welchem die Milchkannen hineingestellt werden können.

Sollte es sich für die Folge erübrigen, daß ein Händler mehrere oder bestimmte Fahrzeuge, etwa ein Auto, halte, und sollten dadurch mit dem Abholen der Milch von den Landwirten Schwierigkeiten entstehen, so bleibe nur übrig, sich mit Berufsgenossen in Verbindung zu setzen, damit das Abholen gemeinsam geschehe. Es stehe auch eine Verfügung in Aussicht, nach der die Milch beim Erzeuger abgeholt werden müsse.

Auch die Händlerschaft müsse sich bemühen, auf die Abnehmer einzuwirken, daß die Neuordnung glatt vonstatten gehen könne. Schließlich bestehe immer noch die Möglichkeit, die Milch in einem Geschäft selbst abzuholen, während es den Geschäften auf jeden Fall verboten ist, selbst die Milch zuzustellen. Nur die Firma Francken dürfe den ganzen Stadtbezirk Neuß befahren, jedoch liefere sie nur Markenmilch auf Grund von Kundenverzeichnissen, die jede Woche zu berichtigen sind. Die Firma dürfe jedoch keine Vollmilch fahren. Betreffs der Ladengeschäfte sei noch zu sagen, daß sie keine lose Milch, also lediglich Flaschenmilch ab Haus liefern dürfen. Es werde ab Montag in jeder Beziehung eine strenge Kontrolle durchgeführt werden.

Die Milchverrechnung erfahre ebenfalls ab Montag eine grundlegende Neuordnung, indem die gesamte Milch durch die Verrechnungsstelle M.Gladbach gehe. Es sei nicht mehr möglich, daß auch nur ein halbes Liter Milch nicht angegeben werde. Auf Grund der vierzehntägig einzureichenden Formulare werde der Durchschnittspreis errechnet, woraufhin der Händler zur Zahlung bei der Reichsbank angewiesen wird. Hierdurch hat also der Händler, was die Bezahlung angeht, nichts mehr mit dem Erzeuger zu tun. Sollte die gelieferte Milch nicht einwandfrei sein, so könne Beschwerde beim Ortsverband erfolgen, und es sei sehr darauf zu achten, daß nur einwandfreie und saubere Milch geliefert werde. Es sei in Aussicht genommen, daß später die Bezahlung nach dem Fettgehalt erfolge.

Der Milchpreis ist festgesetzt auf 21 Pfg. ab Laden und auf 22 Pfg. frei Haus. Eine Gleichsetzung des Ladenpreises sei im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung nicht erfolgt. Eine Belastung für den Lieferanten stelle die Wohlfahrtsmilch dar, für welche vom Wohlfahrtsamt nur 19 Pfg. gezahlt werden könne. Es sei nicht möglich, für 2 Pfg. die Milch zu liefern, weshalb der Inhaber der Milchkarten für die Folge die Preisdiferenz von 3 Pfg. selbst bezahlen soll. Diese Regelung sei auch bereits in anderen Städten getroffen, und das Wohlfahrtsamt der Stadt Neuß stimme diesem Vorschlage zu.

Für die Folge gebe es keine selbständigen Milchhändler mehr, sondern nur noch selbständige Milchverteiler.

Dem Landwirt bleibt es gestattet, auch fernerhin seine Milch ab Haus zu verkaufen, wobei festzustellen sein wird, wie sich dies in Zukunft auswirke.

Nach einer äußerst regen Aussprache gab der Geschäftsführer des Milchwirtschaftsverbandes Neuß, Becher, noch einige ergänzende Erklärungen. Zuerst wies er hin auf den leidigen Punkt der Bezahlung durch die Kundschaft. Es seien da Zustände eingerissen, die für die Folge einfach nicht mehr möglich seien. Eine Möglichkeit, einer ganzen Reihe von Milchhändlern die Milch schuldig zu bleiben, bestehe nicht mehr, und dem Kunden, der nicht pünktlich bezahle, werde der Bezug von Milch gesperrt, was früher nicht durchzuführen war. Er bestimme, daß der Milchhändler bestraft werde, der länger als 8 Tage Kredit gebe. Diese Anordnung werde strikt durchgeführt werden.

Wer bei der Verrechnungsstelle im Rückstande bleibe, werde einmal gemahnt, wonach bei Nichtzahlung die Sperre des Milchbezuges erfolge. Die Konzessionsbehörden blieben bestehen; aber die Erteilung der Konzession begründe noch nicht die Zuteilung eines Lieferbezirks. Nur zuverlässige Personen werden zugelassen, die sich keinerlei Unregelmäßigkeiten zu schulden kommen ließen.

In den von der Regierung ausgegebenen Richtlinien sei bemerkt, daß nur der Händler Existenzberechtigung habe, der mehr als 300 Liter umsetze, und deshalb könne auch nur der zugelassen werden, der weniger umsetzt, wenn die Gewißheit besteht, daß das Geld hereinkommt.

Wer sich irgendwelcher Verstöße schuldig mache, wie Preisunterschiede oder Abgabe in einem anderen Bezirk, werde ohne Verwarnung ausgeschlossen. Neue Verteiler werden nicht zugelassen, so daß die freien Bezirke der Allgemeinheit zugute kommen. Nach diesen Ausführungen wurden die Bezirke verteilt und die Verrechnungsblocks ausgegeben.

Für sehr viele Neußer Familien heißt es also nun Abschied nehmen von dem Milchmann, der vielleicht schon seit undenklicher Zeit Tag um Tag die Milch ins Haus bringt. Man wird aber darüber hinwegfinden, wenn man berücksichtigt, daß die Neuordnung im Interesse des Volksganzen durchgeführt werden mußte, und daß der neue Milchmann oder das neue Milchmädchen sicher auch ganz nett sind und gute Milch liefern. Und wenn der Händler einmal auf Zahlung drängt, so möge man ihm dies nicht verdenken, da er selbst gebunden ist und selbst pünktlich bezahlen muß, falls er nicht seine Existenz bedrohen will.

Der Volksliederabend im Marienhaus. Auf den morgen abend 8 Uhr im Marienhaussaale stattfindenden Volksliederabend der vereinigten Neußer Männergesangvereine wird nochmals hingewiesen. Karten zu 50 und 75 Pfg. im Vorverkauf bei den Mitgliedern der Gesangvereine und an der Abendkasse. Die Nachfrage ist erfreulicherweise sehr rege. Den Freunden des Männergesanges und besonders des deutschen Volksliedes wird der Besuch des Konzertes empfohlen.

Jugendabend der evgl. Gemeinde. Am Montag findet abends 8,15 Uhr im Gemeindehause, Königstraße 37, ein Jugendabend der evgl. Gemeinde Neuß statt. Vikar Ingerfurth spricht über das Thema: „Was hat Christus der deutschen Jugend zu sagen?" Die gesamte konfirmierte Jugend der evgl. Gemeinde ist zu diesem Abend eingeladen.



Ist Ihr Einkommen klein,

zur Lebensversicherung reicht es doch. Wenige Mark Ersparnis im Monat genügen für ein erhebliches Versicherungskapital, das sofort bei vorzeitigem Tode, spätestens aber im vereinbarten Alter ausgezahlt wird. Lebensversicherung, der Rückhalt im Daseinskampf, macht Sie sorgenfrei und froh!

Gemeinschaft zur Pflege des Lebensversicherungsgedankens